

Der Briefetal-Bote erscheint
Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend und Sonntag. Der
Bezugspreis beträgt monat-
lich 1,20 RM, zuzüglich Beitel-
gebühren. Die einzelne Nummer
kostet 10 Pfennig.

Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Ge-
schäftsstelle Birkenwerder,
Bahnhofstraße 5 und von
allen Anzeigen-Expeditionen
angenommen. Die neugepal-
tene Zeitzeile kostet 25 Pfennig,
die Reflamzeile 1 RM.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen
Neuendorf, Borgsdorf,
Briese, Lehnitz, Stolpe

Fernsprecher: Amt Birkenwerder 2005

Amtsblatt für die Amtsbezirke Birkenwerder und Schönfließ.



für Bergfelde, Schönfließ
Frohnau, Summt
und Umgegend

Telegr.-Adr.: Briefetalbote Birkenwerder

Nr. 185 | Fernsprecher Amt Birkenwerder 2006 | Sonntag, den 23. November 1930 | Postfachkonto Berlin 62 448 | 29. Jahrg

Der Amtsvorsteher Birkenwerder.

Rattenvergiftung.

Im Anschluß an meine Bekanntmachung vom 21. d. Ms. — Briefetal-Bote Nr. 184 — mache ich besonders darauf aufmerksam, daß die Verwendung von Phosphor, Arsenik-, Strichnizin- und Fluor-Präparaten wegen ihrer Gefährlichkeit für Menschen und Tiere verboten ist und die Ausfertigung von Giftmengen daher unterbleibt. Die Apotheken und Drogeriehandlungen verabfolgen beim Ankauf der Rattenvergiftungsmittel eine Freigeignung, die den kontrollierenden Beamten vorzulegen ist. Die Ausfertigung der Rattenvergiftungsmittel muß spätestens bis zum 29. November 1930 — 14 Uhr — erfolgen.

Birkenwerder, den 22. November 1930.

Der Amtsvorsteher. Blank.

Der Gemeindevorsteher Birkenwerder.

Auf Grund des Beschlusses der Gemeindevertretung vom 14. d. Ms. ist nach der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten zur Verrückung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 28. Juni 1930 und den hierzu erlassenen Durchführungsbestimmungen vom 4. September 1930 in der hiesigen Gemeinde die Bürgersteuer eingeführt worden.

Der Gemeindevorsteher Artur Milke hat sein Mandat niedergelegt.

Nach § 8 des Gemeindevorstehergesetzes tritt an die Stelle des ausgeschiedenen Vertreters der Bewerber, der in dem gleichen Wahlbezirk nachfolgt. Die Reihenfolge, in der die Bewerber zu berufen sind, kann durch die Mehrheit der noch wahlberechtigten Untertanen des Wahlbezirks geändert werden. Die Nennung muß dem Gemeindevorstand bis zum Ablauf von 2 Wochen nach Erteilung der Stelle mitgeteilt werden. Die Feststellung des Ergänzungsmannes erfolgt durch den Gemeindevorsteher.

Als öffentlichkeitsmäßigste Wahlmänner kommt der Angehörige Oscar Weinhold, Hauptstraße 44 a. in Frage. Wird seitens der Untertanen des Wahlbezirks eine Änderung nicht gewünscht, dann gilt der Genannte als Nachrückender festgelegt.

Gegen die Gültigkeit der Wahl kann jeder Wahlberechtigte binnen 2 Wochen nach der Bekanntmachung bei dem Untertanen Einspruch erheben.

Birkenwerder, den 22. November 1930.

Der Gemeindevorsteher. Blank.

Der Gemeindevorsteher Bergfelde.

Sammlung von Kleidungsstücken usw. für Bedürftige.

Durch monatelange Erwerbslosigkeit sind viele unserer Mitbürger in Not geraten, so daß es ihnen an Kleidung, Schuhzeug usw. mangelt. Gerade jetzt bei kalter Witterung macht sich dieser Mangel besonders bemerkbar. Ich bitte deshalb die Einwohnerchaft, entbehrliche Kleidungsstücke usw. mir zu übergeben.

Dienststunden der Gemeindeverwaltung.

Ich bringe hiermit in Erinnerung, daß die Publikumsdienststunden auf die Zeit von 8 bis 12 Uhr vormittags festgesetzt sind. Es herrscht vielfach bei der Einwohnerchaft die Meinung, daß mit der Überfertigung des Publikums auch die Arbeit der Gemeindeverwaltung beendet ist. Um dieser trügerischen Auffassung entgegenzutreten, muß ich darauf hinweisen, daß erst nach den Überfertigungstunden an ein geordnetes, intensives Arbeiten zu denken ist. Da die Verwaltung mit Arbeiten überlastet ist, bitte ich die Einwohnerchaft, um der Verwaltung eine pünktliche Erledigung ihrer Arbeiten zu ermöglichen, sich an die öffentlichen Dienststunden zu halten. Nach 12 Uhr mittags sind Gemeindegeld und Kasse geschlossen.

Volksbücherei.

Die Zeiten der Vorkausgabe werden hiermit verlegt. Die Ausgabe findet während des Winterhalbjahres (bis zum 31. März 1931) an jedem Freitag von 1/6 bis 1/8 Uhr abends statt.

Bergfelde, den 22. November 1930.

Der Gemeindevorsteher. Czekowski.

Furchtbare Eisenbahn-Katastrophe in Frankreich.

Paris, 22. November. Ein furchtbares Eisenbahnunglück ereignete sich heute kurz nach Mitternacht in Frankreich. Zwischen Nantes und Nantes, unweit des Bahnhofs Ibon. Der Schnellzug Paris—Saint-Nazaire, der die französische Hauptstadt gegen 16 Uhr verließ, entgleiste, und zwei vollbesetzte Wagen stürzten in die Loire. Wenn auch im Augenblick genaue Einzelheiten fehlen, da die telegraphische Verbindung zwischen Nantes und Paris unterbrochen ist, so weiß man doch, daß eine große Anzahl der Reisenden getötet oder schwer verwundet worden ist. Ursache der furchtbaren Katastrophe ist eine durch die andauernden Regenfälle hervorgerufene Schienenverformung. Ein Angestellter des Bahnhofs Ibon, der diese Falle nicht bemerkt hatte, eilte dem Schnellzug einige hundert Meter entgegen und verurteilte ihn durch Schwenken einer Lampe nach Stehen zu brechen. Eine vergeblichen Anstrengungen waren leider vergeblich. Der Unglücksfall wurde vom Zuge erst als und nach dem Tod unter den Wägen. Nach den letzten Meldungen bekräftigt man, daß sämtliche in den beiden Wagen befindlichen Reisenden ertrunken sind. Von Nantes aus ist sofort ein Hilfszug an die Unglücksstelle beordert worden. Die Hilfsarbeiten gestalten sich um so schwieriger, als die Loire starkes Hochwasser führt.

Deutscher Dampfer gestrandet

London, 22. November.

Nach einem Cables-Telegramm aus Sokoum ist der Dampfer Livadia, der von Hamburg nach der afrikanischen Westküste unterwegs war, in Groß-Popo auf Grund geraten.



Banzerschiff Elbflothringen

Erste Rate im Reichsetat 1931

Berlin, 21. November

Der Reichsetat für 1931, wie er jetzt vom Reichstagsplenum verabschiedet wurde, enthält eine erste Rate im Betrage von 10,83 Millionen Reichsmark für das Banzerschiff „Elbflothringen“.

Wie der Generalberichterstatter für das Haushaltsgesetz im Reichstagsplenum erklärte, haben angesichts dieser Anforderung und des weiteren Bauprogramms die Reichsratsausschüsse anerkannt, daß die überalterten Linienfahrzeuge ersetzt werden müßten, wenn nicht die Bemannung ersatzlos von ihnen heruntergenommen werden müßten. Die Ausschüsse hätten aber im Text zum Ausdruck gebracht, daß das Programm nur „als Inhalt“ mitgeteilt werde. Der preussische Antrag, bei Heer und Marine weitere je 10 Millionen Reichsmark für 1931 mit Rückblick auf die allgemeine Notlage pauschal abzulehnen, was auch mit der Preisentwertung für die Rohstoffe begründet war, sei in den Ausschüssen mit erheblicher Mehrheit abgelehnt. Weiter wird bekannt, daß das Banzerschiff A (Erlauf Preußen) auf den deutschen Werften in Kiel 1932 fertig wird. Banzerschiff B (Erlauf Elbflothringen) soll 1931 auf der Marinewerft begonnen, 1934 fertiggestellt, „Erlauf Braunschweig“ soll 1932 begonnen und 1936 fertiggestellt, „Erlauf Elbfloth“ 1934 begonnen werden. Der auf der Marinewerft im Bau befindliche Kreuzer „Leipzig“ soll 1931 fertig werden und insgesamt 42 Millionen kosten. Als Gesamtjahresbetrag für Schiffneubau wird für die sechs Jahre, die der Plan umfaßt, die Durchschnittssumme von 50 Millionen angegeben. Allgemein bestimmt der Plan: Die Lebensdauer beträgt 30 Jahre für die Banzerschiffe und Kreuzer, 15 Jahre für die Zerstörer und Torpedoboots, vom Tage des Stapellaufs an gerechnet.

Ungarischer Ministerpräsident in Berlin

Berlin, 22. November.

Der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen ist zu einem dreitägigen Freundschaftsbesuch am Sonnabendmorgen in Berlin eingetroffen. Dr. Bethlen wird von seiner Gattin und mehreren höheren ungarischen Beamten begleitet.

Am Mittag macht Graf Bethlen dem Reichspräsidenten sein feine Aufwartung, anschließend gibt der Reichspräsident seinen Gästen ein Frühstück. Am Nachmittag erfolgt ein Empfang in der ungarischen Botschaft. Am Abend veranstaltet Reichszustizminister Dr. Brüning ein Herrentiner. Für Sonntag ist die Besichtigung mehrerer Museen und anschließend daran ein Besuch im ungarischen Institut vorgesehen. Am Mittag gibt der ungarische Gesandte dem Ministerpräsidenten und seiner Begleitung ein Frühstück. Am Abend findet ein Empfang im Collegium Hungaricum statt. Am Montag, 24., wird Graf Bethlen den Flughafen Tempelhof besuchen und am Mittwoch beim Reichsaußenminister Dr. Curtius das Frühstück einnehmen. Die Abreise der ungarischen Gäste erfolgt am 25. um 18.48 Uhr vom Anhalter Bahnhof ab.

Der Kanzler an die Landgemeinden

Die Regierung wird in Kürze neue Maßnahmen treffen.

Berlin, 22. November

Im Plenaritzungsbeirat des Reichstages fand am Freitag die Delegiertenversammlung des Landgemeindetages 1930 statt. In seiner Begrüßungsansprache bedauerte Bürgermeister Lange, daß die Verhandlungsleiter, u. a., daß das Sanierungsprogramm der Reichsregierung nicht an die Gemeinden denke und hielt dem Reich vor, daß es unnötige Ausgaben für den Aufbau unterer Verwaltungen beim Finanz- und Bauminister gemacht habe.

Reichskanzler Dr. Brüning erklärte u. a., auch der Reichstag habe leider jahrelang gelaugt, Lasten den Kindern und Gemeinden auferlegen zu können. Dadurch seien die Realsteuern zu einem schweren Druck geworden. Trotz der Agrarpreise sei es der Regierung gelungen, die Agrarpreise vom Weltmarkt abzulösen.

In kürzester Frist werde die Regierung weitere Maßnahmen treffen, denn von der Konsolidierung der Landwirtschaft her könne ein großer Teil der Arbeitslosigkeit behoben werden. Für das nächste halbe oder ganze Jahr könne die Regierung noch keine volle Gesundung herbeiführen; sie wolle die Schwierigkeiten nur so weit abtönen, daß das Vaterland nicht völlig zusammenbreche.

Der Sparmaßnahmenruf sei 1929 nicht überall durchgedrungen. In der Kommunalpolitik habe man vielfach geglaubt, die garantierten Ueberweisungen würden auf alle Zeit weiterlaufen und habe darauf seine Ausgaben eingestellt. Man müsse aber damit rechnen, daß schlechte Jahre auf gute folgen. Entscheidend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung werde die Durchführung — und zwar im schnellsten Tempo — des Gesamtprogramms der Reichsregierung sein, das nicht zuletzt die Kreditwürdigkeit und Kreditfähigkeit wiederherstellen wolle. Es sei kein Grund vorhanden zu verzweifeln.

Für die preussische Staatsregierung sprach der Innenminister Severing, der zur Einigkeit im Kampfe gegen die Räte des Winters ermahnte und als unverzichtbar inneren Frieden den Hunger und den Pessimismus bezeichnete. Weiter bekannte er sich u. a. als Anhänger der Arbeitszeitkürzung im Interesse der Minderung der Erwerbslosigkeit und erklärte, wenn auch die Beamten mitropfern müßten, so werde Preußen nicht dulden, daß sie rechtlos gemacht würden.

Ueber die „Bedeutung des Landes für die Volksernährung“ sprach Reichsernährungsminister Schiele, wobei er hervorhob, die Erzeugerpreise müßten dem Landwirt die Erlöse ermöglichen, ohne daß der Verbraucher übermäßige Preise bezahlen müsse. Die Handelspanne sei zu verringern. Die letzte Ursache der Agrarpreise sei darin zu erblicken, daß unsere Volkswirtschaftspolitik eine Ausgeglichenheit in der Preisfrage herbeiführt hat. Aus der fortlaufenden Unrentabilität der Landwirtschaft, besonders im Osten, resultiere die mangelnde Kaufkraft. Daher die Abwanderung aus dem Osten. Da müsse die Siedlung wieder einlehen. Wir haben heute diesen verkehrten Wandeltrieb vom Osten nach dem Westen; er müsse wieder in die umgekehrte Richtung gelegt werden.

Reichsminister Treutmann sprach in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Dithilfe über die Hilfsmassnahmen, die seit 1929 für den Osten geleistet worden sind. Bei der gegenwärtigen Finanznot könne dem bedrängten Osten nicht ausreichend geholfen werden; aber zunächst müsse der dringende Not der reinen Grenzgebiete gesteuert werden. Das neue Hilfsgesetz werde hoffentlich bald verabschiedet werden. In den nächsten Jahren werde dann das Hilfswerk für den Osten ausgebaut werden.

Der frühere Reichsfinanzminister Dr. Hildebrandt schilderte dann den Einfluß der Wirtschaftskrise auf die öffentlichen Finanzen, unter Hinweis darauf, daß neben Deutschland auch England, Italien und selbst die Vereinigten Staaten erhebliche Millionen-Defizite hätten.

Der Präsident des Deutschen Landgemeindetages Reichstagsabgeordneter Dr. Gerete erklärte u. a., solange den Gemeinden hohe Schul- und Wohlfahrtslasten auferlegt, könne eine Senkung der Realsteuern zu schlagen nur bei höheren Steuerüberweisungen oder ergebigen neuen Steuerquellen gedacht werden. Die jetzt geplanten neuen Kommunalsteuern böten nicht annähernd einen Ausgleich. Man müsse an eine Umgestaltung der Kraftfahrzeugsteuer etwa durch Einführung einer Betriebsstoffsteuer denken, die die Massen nicht so sehr belastet.

Major a. D. v. Eckstedt-Tantow erinnerte daran, daß jeder Staat zusammengebrochen sei, der seine Landwirtschaft vernachlässige.